

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hülsen- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mt. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

### Wahre Freiheit.

Man kann in wahrer Freiheit leben und doch nicht ungebunden sein.

Freiheit, damit das Rechte und Gute, das Starke und Große, wo immer es sei, sich entfalte und auswirke zum Segen der Gesamtheit. So verstehen wir die Freiheit. Freie Bahn verlangen wir für uns, die wir aus den Tiefen der Menschheit empor zum Lichte streben. Indeß, unsere Freiheit sei die von Unastafius Grün, kein bloßer Genuß, sondern Arbeit, unausgesetzte Arbeit an den großen Kulturarbeiten der Menschheit. Es gibt eine äußere und innere Freiheit. Die innere ist die höhere und vollkommenste. „Die Welt der Freiheit trägt der Mensch in seinem Innern.“

Frei sein heißt nicht: zügellos sein. Nicht der ist frei, der keinen Zwang und keine Autorität mehr anerkennen und sich übernommenen Pflichten entziehen will. Man können wir mit solcher Freiheit hin? In unseren Familien, im wirtschaftlichen, im sozialen und politischen Leben? Je höher die Kultur steigt, um so zahlreicher werden auch die selbstverständlichen Einschränkungen, in die der einzelne sich fügen muß. Darin eben mag er beweisen, daß er der Freiheit würdig ist.

Nicht das macht frei, daß wir nichts über uns anerkennen wollen, sondern eben, daß wir etwas verehren, das über uns ist; denn indem wir es verehren, heben wir uns zu ihm hinauf und legen durch unsere Anerkennung an den Tag, daß wir selber das Höhere in uns tragen und wert sind, seinesgleichen zu sein. (Kath. Arbeiter-Laschenbuch 1909.) G o e t t e.

### Zur Arbeitskammer-Vorlage.

(Schluß.)

Die grundlegendste Aenderung bringt der neue Entwurf bezügl. des Wahlverfahrens. Wahlberechtigt sind gemäß § 11 Arbeiter und Arbeiterinnen, die 25 Jahre alt, im Bezirke der Arbeitskammer beschäftigt sind und demjenigen Gewerbebezirke angehören, für welchen die Kammer errichtet wird. Wahlbar sind diejenigen Wahlberechtigten, welche das 30. Lebensjahr vollendet und im vorhergehenden Jahre keine Armenunterstützung bezogen haben. Die Wahlen sind unmittelbar und geheim und finden nach dem Verhältniswahlssystem statt.

Dieses Wahlverfahren ist mithin fortschrittlicher wie das zu den Gewerbegerichten, wo bekanntlich noch kein Stimmrecht für Arbeiterinnen erreicht und das Verhältniswahlssystem den Bestimmungen des jeweiligen Ortsstatuts überlassen ist. Trotzdem hat auch dieses Wahlverfahren noch seine Mängel. Zunächst muß hier — ebenso auch für die Gewerbegerichte — die Wahlberechtigung vom Zeitpunkte der Großjährigkeit an verlangt werden. Arbeiter, die reif genug sind, dem Staate als Vaterlandsverteidiger zu dienen, Steuern zu bezahlen und alle Pflichten eines erwachsenen Arbeiters im Betriebe erfüllen müssen, haben auch ein Anrecht darauf, zu den sozialen Einrichtungen ihres Werkes mitzuwählen. Bei den Arbeitskammern sollte endlich einmal mit der reaktionären Gepflogenheit gebrochen werden, den Arbeitern erst mit dem 25. Jahre ihre Rechte einzuräumen, während sie schon Jahre vorher alle mit der Arbeit verbundenen Pflichten übernehmen müssen.

Ein Mangel des passiven Wahlrechts ist, daß die von Arbeitern angeordneten Beamten der Organisations von der Wahl ausgeschlossen sind. Den Unternehmern ist dagegen gestattet, „ihre gesetzlichen Vertreter und die bevollmächtigten Leiter ihrer Betriebe“ als Kandidaten für die Wahlen zu benennen (§ 7 Abs. 2). Hier wird also mit zweierlei Maß gemessen. Die von den Arbeitern als Leiter ihres Betriebes selbst gewählten Führer dürfen bei den Wahlen zu den Arbeitskammern nicht kandidieren, aber die Unternehmer können ihre „gesetzlichen Vertreter“ und ihre „Bevollmächtigten“ in die Kammern hinein-

schicken. In diesem Punkte muß das Wahlverfahren noch geändert werden. Es können keine stichhaltigen Gründe sachlicher Natur gegen die Wahl von Gewerkschaftsbeamten vorgebracht werden. Selbst in beruflich gegliederten Kammern können sie in jenen Gewerbebezirken, aus denen sie hervorgingen, als Beisitzer ihre volle Pflicht und Schulpflicht erfüllen, müssen sie doch auch bei Tarifabschlüssen usw. in beruflichen Fachfragen positive, in vielen Fällen zweifellos die Hauptarbeit leisten.

Wahr ist im § 32 die Hinzuziehung von Sachverständigen mit beratender Stimme vorgesehen, aber das ist stets wieder in das Belieben der einzelnen Kammern gestellt und kann den organisierten Arbeitern durchaus nicht genügen. Sie müssen an der Forderung festhalten, daß auch Gewerkschaftsfunktionäre als Beisitzer in die Arbeitskammern gewählt werden können.

Der wundeste Punkt in dem vorliegenden Entwurf ist das den Arbeitskammern zugewiesene Arbeitsfeld. Die christlich-nationale Arbeiterschaft hat den Arbeitskammern als wichtigste Aufgabe die Funktion als Einigungsamt bei wirtschaftlichen Lohnkämpfen und deren gesetzlich sanktionierte Mitwirkung beim Abschluß von Tarifverträgen zugedacht und aus diesen Gründen heraus auch paritätische Arbeitskammern und keine reinen Arbeiterkammern gefordert. In dieser Beziehung bringt die Vorlage aber eine große Enttäuschung.

Wohl heißt es in den §§ 2 und 3, die Arbeitskammern seien berufen, „den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen und ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern.“ Ueber den Weg und die Mittel, wie und wodurch dies geschehen soll, enthält die Vorlage jedoch nichts. Von Tarifverträgen steht kein Wort darin. Auf diesem für die Arbeiterschaft wichtigsten Gebiete sollen die Arbeitskammern sonderbarerweise noch hinter den Gewerbegerichten fungieren. Der § 6 des Entwurfes sagt nämlich:

„Die Arbeitskammern können bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der in ihnen vertretenen Gewerbebranche über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Arbeitsverhältnisse als Einigungsamt angerufen werden, wenn es an einem hierfür zuständigen Gewerbegerichte fehlt oder die beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Gewerbegerichte beschäftigt sind, oder wenn die Einigungsverhandlungen bei dem zuständigen Gewerbegerichte erfolglos verlaufen sind.“

Hier sind die Arbeitskammern also nur als eine Ergänzung der Gewerbegerichte bezügl. der einigungsamtlichen Tätigkeit gedacht. Das liegt aber weit ab von den Erwartungen, die wir auf die praktische Tätigkeit der Arbeitskammern gesetzt haben. Soll den geplanten Einrichtungen aber keine weitere Befugnis zustehen, dann allerdings hätte der paritätische Charakter der Kammern absolut keinen Wert, weil sie gerade in der wichtigsten Frage zur Untätigkeit verurteilt wären.

Die übrigen Aufgaben der Arbeitskammern, wie sie der Entwurf darlegt, sind ebenfalls sehr der Ausdehnung und Vervollkommnung bedürftig. Gutachten können sie selbst nicht aufstellen, sondern nur solche von Staats- und Gemeindebehörden „unterstützen“. Bei Erhebungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse können sie nur „auf Ansuchen der Behörden mitwirken“, wie § 3 bestimmt. Ferner sollen sie bei „Gutachten zu erlassen über den Erfolg von Vorarbeiten gemäß den §§ 105 b, 105 e, 120 e, 139 a, 154 Abs. 4 der Gewerbeordnung; Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten berühren, beraten und Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und die allgemeine Wohlfahrtspflege der Arbeitnehmer zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken.“

Jede Initiative ist den Kammern also hier genommen; sie können nur „mitwirken“ oder auf „An-

suchen der Behörden“ etwas unternehmen. Allerdings bestimmt der § 4, daß sie innerhalb ihres Wirkungsbereiches auch Anträge an die Behörden und gesetzgebenden Körperschaften stellen können. Bei der beruflichen Gliederung würde dieser „Wirkungsbereich“ aber sehr enge gezogen sein und bios Anträge stellen können wir auch heute schon durch unsere Organisation, ohne uns dabei eine bestimmte Grenze ziehen zu lassen.

Das in dem Entwurf den Arbeitskammern zugedachte Arbeitsfeld ist mithin ein gänzlich unzulängliches. Wenn sie keine weiteren Rechte haben sollen, dann wäre es sehr zu bezweifeln, ob sich die aufgewandten Mühen und Kosten für die Arbeiter praktisch lohnen würden. Der Reichstag wird deshalb gerade in dieser wichtigsten Frage der ganzen Gesetzgebung noch sehr vieles reformieren und verbessern müssen, wenn etwas Praktisches bei der ganzen Einrichtung herauskommen soll.

In dem Teil der Vorlage über Geschäftsführung und Beaufichtigung macht sich leider auch wieder der allen Regierungsvorlagen anhaftende preussische Bureaucratismus geltend. Dem von der Behörde zu ernennenden Vorsitzenden ist sozusagen unumschränkte Gewalt verliehen. Auch hier wird der Reichstag noch genau prüfen und manches ändern müssen, wenn den Arbeitskammern der Weg zu einer ersprießlichen Tätigkeit nicht von Anfang an verlegt werden soll.

Fassen wir zum Schluß nochmals kurz zusammen: So anerkennt die Verbesserung der neuen gegenüber der alten Vorlage sind, so viel bleibt aber auch jetzt noch zu wünschen übrig. Vor allem ist zu fordern: 1. Statt der ängstlich eng begrenzten beruflichen Gliederung allgemeine lokale Kammern, die berufliche Unterabteilungen gar nicht auszuschließen brauchen, wo es die industriellen Verhältnisse ermöglichen. 2. Bei der Umgrenzung des Personalkreises auch die Arbeitergruppen einzubeziehen, die gemäß dem vorliegenden Entwurf ausgeschlossen sind. 3. Bei den Wahlen auch die Gewerkschaftsbeamten als Kandidaten zuzulassen. 4. Vor allen Dingen aber den Arbeitskammern ein Arbeitsfeld zuzuweisen, daß sich ihre Einrichtung auch praktisch lohnen kann. 5. Den lähmenden Bureaucratismus möglichst aus dem ganzen Gesetz fernzuhalten. — Wird der Reichstag diese alten Forderungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft berücksichtigen und in diesem Sinne an die Vorlage herangehen, dann ist die Hoffnung berechtigt, daß ein brauchbares Gesetz zustande kommt und damit das Kaiserwort vom Jahre 1891 nach 17 langen Jahren endlich praktisch in Erfüllung geht.

### Wirtschaftliche Umschau.

Zu Anfang des Monats ging eine Warnung durch die Presse, an die überall Kommentare über weitere Verschlechterung des Eisenmarktes geknüpft wurden. Es handelte sich um die Abnahme des Stahlwerksverbandes, welche auf 50 000 Tonnen angegeben wurde. Tatsächlich hat eine Abnahme in dieser ungefähren Höhe stattgefunden. Der Stahlwerksverband konnte indessen eine Erklärung dafür abgeben, die den Gerüchten über weitere Verschlechterung des Marktes in dieser Hinsicht entgegenzusetzen den Boden nimmt. Die Ursache ist einmal darin zu suchen, daß der November gegen den Oktober um drei Arbeitstage kürzer war und daß der Bestand dieser drei Tage annähernd einer Summe von 50 000 Tonnen gleichkomme; dann aber wurde gleichzeitig darauf hingewiesen, daß sich im Trägergeschäft gerade jetzt eine gewisse Ruhe deshalb bemerkbar mache, weil die Händler infolge der mit rapidem betriebenen Verhandlungen zur Erneuerung der Trägerhändlervereinigungen vor Abschluß dieser Verhandlungen und während derselben die örtliche Zurückhaltung be-



zugleich vernahm man dann auch, daß der Verkauf in Eisenbahnmateriale etwas zugenommen habe. Uebrigens schweben bezüglich des letzteren Materials zur Zeit Verhandlungen, die eine Regelung des Verkaufs desselben betreffen, die noch im laufenden Jahre nicht ungünstig auf diesen Geschäftszweig einwirken dürften. Voraussetzung ist natürlich, daß die Verhandlungen von Erfolg begleitet sind. Und das darf nach den vorliegenden Meldungen wohl erhofft werden.

Es ist natürlich, daß der Konjunkturrückgang auch den Verkehr sehr beeinflusst, wie sich überhaupt hier jede Konjunkturschwankung ganz besonders fühlbar macht. So konnte als Folge der vorausgegangenen hohen Konjunktur eine gewaltige Anschwellung des Bedarfs an Verkehrsmitteln nicht ausbleiben. Wo irgendwelche Mängel bestanden, machten sie sich sofort bemerkbar und die Industrie verlangte stürmisch die Vermehrung der Verkehrsmittel dort, wo sich Mangel gezeigt hatte. Um diesem Verlangen zu entsprechen, gingen die Bestellungen von Seiten des Staates in reichlichem Maße auch nach bereits erfolgtem Eintritt des Rückganges ein und so erlärte sich die andauernd günstige Beschäftigung der betr. Werke während des Geschäftsjahres 1907/08, die insbesondere dem Bedarf zu genügen hatten, der aus der umfassenden Verlegung zweiter Geleise entsprang. Die vorausgegangenen Jahre hatten eine solche starke Nachfrage bei weitem nicht gekannt. Einmal aber kommt der Zeitpunkt, wo den Verkehrsrückfällen vorläufig genügt ist. Die Staatsbahnen können dann einströmen von weiteren Bestellungen absehen und die Industrie, durch die vorhergegangene außerordentliche Nachfrage gewissermaßen etwas verhöhnt, empfindet die Störung um so unangenehmer.

Das ist der natürliche Gang der Dinge und es wird aus zuverlässigster Quelle berichtet, daß nur dieser und nicht etwa eine besondere Zurückhaltung des Eisenbahnministers für den starken Ausfall verantwortlich zu machen sei. Allerdings erscheint es uns erklärlich, daß der Minister im gegenwärtigen Moment nicht gerade besondere Lust spüren wird, umfangreiche Bestellungen einzugehen, die sich noch zurückhalten lassen und solche Artikel betreffen, bezüglich deren der Preis noch vorheriger Festsetzung unterliegt. Das trifft beispielsweise für Lokomotiven und Waggons zu. Der Fiskus will bei der Preisfestsetzung der gemeinsamen konjunktur Rechnung getragen sehen, und es scheint, wie man der „Frankf. Zeitung“ schreibt, daß die beiden „Parteien“, die diese Aufträge mit dem Staate abzuschließen und unter ihren Mitgliedern aufzuteilen pflegen, erst in jüngster Zeit den Vorschlägen der Eisenbahnverwaltung nähergekommen sind. Der Abschluß der Verhandlungen dürfte also nahe bevorstehen. Für die betreffenden Fabriken dürfte damit eine, wenn auch nicht gerade übermäßig flotte, doch geregelte Beschäftigung einsehen, was jedenfalls im Interesse derselben und der von ihnen beschäftigten Arbeiter zu begrüßen ist.

Nach derselben Quelle gehen auch die wegen der Lieferung von Schienen zc. gepflogenen Verhandlungen einer befriedigenden Lösung entgegen. Hier konnte der Industrie nur insofern entgegen gekommen werden, daß die übliche sogenannte Meißbestellung, die sonst immer erst gegen Anfang des Jahres gegeben wird, diesmal an einem früheren Termin erteilt wurde. Wie es heißt, hat der Stahlwerksverband um diese Vergünstigung nachgesucht und von Seiten der Behörden soll eine entsprechende Zusage bereits ergangen sein. Das würde dann ebenfalls wieder die vorläufige Befriedigung eines Teiles der Industrie bedeuten und damit die geregelte Beschäftigung für die betr. Arbeiterkategorien. Allerdings nicht in dem Maße, wie es vorher der Fall gewesen! Die Depression wird auch hier ihre Spuren zurücklassen.

Es ist gut, daß wenigstens zu diesem Teile einigermaßen Günstigeres berichtet werden kann, denn in vielen anderen Zweigen läßt die erhoffte und gewünschte Erholung noch immer auf sich warten. Wenn man nach der Börsenstimmung urteilen will, so muß aber diese Erholung doch bevorstehen. Tatsächlich hat sich nämlich die Börse auch durch zeitweise ungünstiger lautende Nachrichten nicht ihre hoffnungsvollere Stimmung rauben lassen. Aber auch andere Kreise scheinen in ähnlicher Stimmung zu verkehren. So wird vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt berichtet, daß das Streben der Händler und Verbraucher darauf ausgehe, sich zu den jetzigen niedrigen Preisen für möglichst lange Fristen einzubeden. Hiernach zu schließen, nimmt man in den genannten Kreisen an, daß der Tiefstand erreicht ist und mit einem weiteren Zurückgehen der Preise nicht mehr gerechnet wird. Die Werke andererseits wollen sich diese Situation, den gesteigerten Bedarf, zunutze machen und verhalten sich in den meisten Fällen abwartend. Wenn sie sich zu Verkäufen herbeilassen, so gehen diese doch nicht über das erste Quartal des nächsten Jahres hinaus. Ein Beweis dafür, daß auch sie an eine baldige Wendung des gegenwärtigen unerquicklichen Zustandes mehr und mehr zu glauben beginnen.

Uebrigens scheint auch auf dem Rohisenmarkt das wilde Spiel mit den Preisen langsam einer geordneten Bahn zu folgen. Am 15. d. M. unter-

halb des Preisniveaus bewegten, das das Syndikat festgesetzt hatte. Seit kurzem zeigen indessen die Preise eine festere Tendenz. Im Zusammenhang damit hört man auch bereits wieder von Bestrebungen zur Verbesserung einer neuerlichen Verständigung über die Preise. Ob sie Aussicht auf Erfolg haben werden, wer weiß es? Die Stimmung in den beteiligten Kreisen ist jedenfalls keine gänzlich abgeneigte. Von Preisvereinbarungen kann man überhaupt fast Tag für Tag lesen. Zumeist führen sie jedoch zu keinem befriedigenden Resultat, oder aber ihre Bedeutung und ihr Umfang sind zu geringe, als daß sie in erheblichem Maße auf die Geschäftslage einwirken könnten.

Was aber unter den gegebenen Verhältnissen ganz neuartig und ungewohnt annimmt, das ist die Meldung von einem Geschäftszweige, in dem die Nachfrage das Angebot übersteigen soll. Der Schrottmarkt ist in dieser glücklichen Lage! Wir hatten schon früher gelegentlich auf die sich hier bemerkbar machende größere Festigkeit aufmerksam gemacht, ohne uns indessen einem allzugroßen Optimismus hinzugeben. Wir sind daher durch die neueren Berichte um so angenehmer enttäuscht. Zwar ist der Abnahme des Eisens, wie sie in der verminderten Erzeugung des Rohproduktes überhaupt begründet ist, gebührend Rechnung zu tragen. Das könnte aber für sich allein die Uebersteigerung des Angebotes durch die Nachfrage nicht erklären. Vielmehr verhalten sich die Händler beim Verkauf, wohl in Erwartung „besserer Zeiten“, äußerst zurückhaltend.

Zudem scheinen auch die auf die Besserung des Halbzeugmarktes berechneten Hoffnungen nicht enttäuschen zu wollen. Wenn hier die für das Auslands-geschäft in Betracht kommenden Zahlen allein vorliegen würden, so könnte sich doch wohl manches Bedenken geltend machen. Aber auch die Inlandsziffern weisen, wenigstens beim Versand des Stahlwerksverbandes, eine verhältnismäßige Zunahme auf und damit bringt man der Sache schon mehr Vertrauen entgegen. Beklagt wird hier vornehmlich noch die zu hohe Preisnotierung des Stahlwerksverbandes, die zu den für die Fertigfabrikate, wie Stabeisen und Bleche, zu erzielenden Preisen in keinem rechten Verhältnisse stehen. Hier einen Ausgleich herbeizuführen, dürfte für den Stahlwerksverband, „der Not gehorchend“, nicht zu umgehen sein. Die kleineren und sonst kaum beachteten Konstruktoren, nämlich die kleineren Werkinwerke, sind auf dem besten Wege, die Zirkel des großen Verbandes zu stören. Diese kleineren Werke werden durch die ermäßigten Hoheisenpreise instand gesetzt, zu billigeren Sägen zu fabrizieren und zu verkaufen und so dem mächtigen Preisdiktator eine Konkurrenz zu machen, die er wohl oder übel wird beachten müssen.

Leider ist die Lage bei einer Reihe von anderen Zweigen noch immer eine wenig befriedigende. Der Berichterstatter empfindet indessen schon eine gewisse Genugtuung, daß wenigstens hier und da Ansätze zur Besserung vorliegen. Möchte das bevorstehende neue Jahr recht bald eine allgemeine Wiederbelebung mit sich bringen! Das ist unser aufrichtiger Wertschätzungs- und Neujahrswunsch!

### Gewerkschaftliches.

#### Lohnkämpfe im Jahre 1907.

Bislang fehlt es in Deutschland noch an einer einheitlichen Statistik der Lohn- und Arbeitskämpfe. Weder die Statistiker der gewerkschaftlichen Organisationen, noch die des kaiserlichen statistischen Amtes können auf Vollständigkeit Anspruch erheben. Die gewerkschaftlichen Statistiken haben den Mangel, daß sie nur über die Bewegungen und Kämpfe der einzelnen Richtungen orientieren, während die amtliche Statistik anscheinbar sein muß, einerseits weil das in dieser Sache so notwendige Zusammenarbeiten mit den Arbeiterorganisationen fehlt, andererseits, weil die unteren amtlichen Organe, die mit der Ermittlung betraut werden, vielfach wohl nicht in der Lage sind, ein objektives Bild über die Lohnkämpfe zu geben.

Nach den Aufzeichnungen des kaiserlichen statistischen Amtes, die im Septemberhefte des Reichsarbeitsblattes veröffentlicht sind, wurden im Jahre 1907 2279 Streiks begonnen; davon wurden beendet 2266. Diese beendigten Streiks erstreckten sich über 13092 Betriebe, von denen 3604 gleich 27,5 Prozent zum völligen Stillstand gebracht wurden. Von den 2266 Streiks waren 2146 Anaristis- und 120 Abwehrstreiks; am ersten beteiligten sich 180334, am letzten 12092 Streikende. Danach kamen im Durchschnitt auf einen Angriffsstreik 84, auf einen Abwehrstreik 101 Personen. In den 13092 vom Streik betroffenen Betrieben waren 445165 Arbeiter beschäftigt; von diesen streikten 192430 gleich 43,2 Prozent. Gezwungen mußten 10594 Arbeiter feiern, das sind 2,4 Prozent aller Beschäftigten. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Streikfälle um rund 1100 zurückgegangen; es ist dies das erste Mal seit dem Jahre 1902, daß eine rückläufige Bewegung in der Zahl der Streikfälle zu beobachten ist. Dies dürfte — neben dem Einsetzen der abklingenden Konjunktur — einerseits auf die zunehmende Berufsorganisation sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, andererseits auf die für eine Reihe von Jahren in den einzelnen Gewerben abgeloßenen Tarifverträge zurückzuführen sein. In 1738 Streikfällen mit 155015 Streikenden handelt es sich um Lohn-, in 633 Streikfällen mit 82130 Streikenden um Preis- und in 1094 Streikfällen mit 102572 Streikenden um andere Forderungen.

Mit mehreren Fragezeichen darf man wohl folgende Zusammenfassung des statistischen Materials über die Folgen

der Lohnkämpfe versehen: Von den 2266 Streiks hatten 373 gleich 16,5 Prozent einen vollen, 930 gleich 41,0 Prozent teilweisen und 963 gleich 42,5 Prozent keinen Erfolg. Am vollen Erfolg nahmen von den 192430 Streikenden 19320 gleich 10 Prozent, am teilweisen 101798 gleich 52,9 Prozent, keinen Erfolg hatten 71306 Arbeiter gleich 37,1 Prozent. Aussperrungen wurden im Jahre 1907 249 verhängt, von denen 246 noch in demselben Jahre aufgehoben wurden. Die 246 Aussperrungen verbreiteten sich über 5287 Betriebe mit 81167 Arbeitern. Auf 100 Beschäftigte kamen 1907 63 Aussperrte gegen 51 im Jahre 1906. Von den Aussperrungen hatten 112 gleich 45,5 Prozent vollen Erfolg, 119 gleich 48,4 Prozent teilweisen Erfolg, 15 gleich 6,1 Prozent keinen Erfolg. Erfolglos blieben also nur 6,1 Prozent aller Aussperrungen, dagegen 42,5 Prozent aller Streiks.

Die Angaben über den Ausgang der Kämpfe dürften die Behörden nicht zum geringen Teile bei den Arbeitgebern beziehen und findet so manches schon seine Erklärung. Daß mehr Kämpfe erfolglos verliefen wie in früheren Jahren, muß auf das Konto des schlechten Geschäftsganges gebucht werden. Andererseits ist bei jedem objektiven Denken kein Zweifel darüber möglich, daß durch die gewerkschaftliche Tätigkeit die Lage des Arbeiterstandes schon wesentlich gebessert wurde. Daß nicht schon mehr erreicht wurde, ist die Schuld derjenigen Arbeiter, die bis heute die Mitarbeit in der Organisation vernachlässigt haben.

#### Zum Neujahrskartenaufzug

bringt das „Zentralblatt“ Nr. 25 folgende zeitgemäße Notiz: „Sparsamkeit wird gegenwärtig allenthalben angeraten, selbst der Reichskanzler hat diese Bürgerludung kürzlich einer nachdrücklichen Beachtung empfohlen. Sparsamkeit ist in der Gewerkschaftsbewegung eigentlich etwas selbstverständliches; sie wird auch durchweg geübt, soweit unsere christliche Richtung in Betracht kommt. Und dennoch könnte hier und da noch mehr gepart werden, vor allem in manchen persönlichen Ausgaben. So hat sich in unserer Bewegung allmählich auch der gegenseitige Austausch von Neujahrsglückwünschen eingebürgert, sowohl in den Beamten- wie sonstigen Freundeskreisen. Mt. G. ist das zwar ein Akt der Höflichkeit und Kameradschaft, aber doch mehr eine überflüssige Zeit- und Geldverschwendung. Es ist selbstverständlich, daß sich alle persönlich befreundeten und durch unsere Bewegung geistig verbundenen Kollegen die herzlichsten Glückwünsche zum Jahreswechsel“ darbringen, das braucht nicht extra durch eine mehr oder weniger geschmackvolle Karte zum Ausdruck gebracht zu werden. Die diesbezüglichen Glückwünsche in unseren Gewerkschaftsorganen genügen hier vollständig.“

Für manchen Kollegen in exponierter Stellung ist die Sache schon zu einer bedenklichen Last geworden. Mit der Ausbreitung unserer Bewegung wächst natürlich auch der Bekanntheit- und Freundeskreis. Man will dann schließlich keinen ausschließen, fürchtet auch böses Blut zu machen, und so nimmt die Zahl der zu Beglückwünschenden einen bedenklichen Umfang an. Wie sind Gewerkschaftsbeamte bekannt, die jedem Beamten ihres Verbandes, den an der Spitze des Gesamtverbandes stehenden, sowie sonstigen befreundeten Kollegen, dazu aber auch noch jedem Ortsgruppenvorsitzenden ihres Bezirks ihren Glückwunsch darzubringen sich verpflichtet fühlen. Abgesehen von der dadurch in Anspruch genommene Zeit könnte das Geld viel nützbringender im Interesse unserer Sache angewendet werden.

Als diesen Gründen möchte ich folgenden Vorschlag zur Güte machen: In Zukunft unterbleibt diese Art der Beglückwünschung im Bereich unserer Bewegung vollständig, wenigstens soll kein Kollege in der Unterlassung eine Zurücksetzung oder Vernachlässigung erblicken. Das dafür sonst ausgegebene Geld wird der Agitationskassette des Verbandes oder zu einem sonstigen gemeinnützigen Zwecke (Wahlfonds für soziale Wahlen, für Arbeitsloie und dergleichen) überwiesen. Damit haben wir unsere Sache besser gedient wie mit einer Pflichtenloskeits- und Verschwendungskasse, die wir Arbeiter den „besseren Ständen“ eigentlich gar nicht hätten nachahmen sollen. Erfolgt gegen meinen Vorschlag kein Widerspruch, so darf er als „einstimmig angenommen“ gelten.

S. S.  
Das ist die summarische Arbeit, die der Einsender leitete. Die Redaktion des Zentralblattes schließt sich dem Vorschlag ohne weiteres an. Also von uns hat mit Neujahr niemand eine Glückwunschkarte zu erwarten.“  
Von uns ebenfalls nicht.

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Mannheim.** Die von den Metallindustriellen angekündigte Aussperrung ist einen Schritt näher gerückt. Die streikenden Arbeiter vom Strebelwerk haben nach einer stürmischen Versammlung die Wideraufnahme der Arbeit abgelehnt, und zwar mit 397 gegen 31 Stimmen. Wenn der Arbeitgeberverband nun seine Drohung wahr macht, wird am 1. Januar die Aussperrung perfekt werden. Es handelt sich im Ganzen um etwa 20000 Arbeiter, die, obgleich sie nicht im geringsten beteiligt sind, aufs Pfahle gesetzt werden sollen. Zeitungsmeldungen zufolge wird mit der Aussperrung ernst gemacht. Die Blätter melden nämlich unterm 18. Dezember folgendes: „Die im Metallindustrie-Verband vereinigten Betriebe der Städte Mannheim, Ludwigshafen, Frankenthal und Oggersheim haben heute ihren sämtlichen Arbeitern gekündigt. In Betracht kommen 20000 Arbeiter.“

Die Schärfer im Lager der Unternehmer haben also das Ruder in den Händen und versuchen, die Arbeiter mit dem brutalen Gewaltmittel der Aussperrung klein zu kriegen. Ob den unorganisierten Metallarbeitern nun endlich die Augen aufgehen werden. Den Nachmitteln des scharfmacherischen, straff organisierten Unternehmertums kann nur eine gut organisierte Arbeiterkraft wirkungsvoll gegenüber treten und



Die Arbeiterrechte wahren. Deshalb hinein in die Organisation, Ihr unorganisierten Berufskollegen, schließt Euch dem christlichen Metallarbeiterverband an, damit Ihr die Schläge des Scharfmachertums erfolgreich parieren könnt!

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzulenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Uindlar Bez. Köln.** Die Arbeiter der Feilenfabrik W. m. S. Klein stehen im Streit infolge von Affordrebuzierungen von 10—15%.

**Waldhof bei Mannheim.** Bei der Firma Rudolf Otto Maier stehen die Arbeiter behufs Abwehr von Lohnabzügen im Streit.

**Bremen.** Hier selbst sind die Heizungsmonteur ausgesperrt.

**Rheidt.** Bei der Firma Froriep, Werkzeugmaschinenfabrik, ist infolge von Lohnabzügen ein Streit ausgebrochen.

**Zuzug ist fernzuhalten.**

### Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 20. Dezember 1908 der dreifundfünfzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. bis 27. Dezember fällig.

### Die Arbeitslosenzählkarten

sind genau auszufüllen und in den Tagen vom 1. bis 4. Januar 1909 an die Zentrale einzusenden. Keine Ortsgruppe darf diese Arbeit verzögern oder gar unterlassen. Besondere Mahnungen werden hoffentlich diesmal überflüssig sein.

Die Ortsgruppe Schmeinfurt erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pf. Die Ortsgruppe Magdeburg von 65 Pf. pro Woche. Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statuarischer Rechte zur Folge.

Das Mitglied Albert Schwarz, Maschinenschlosser, Buch Nr. 87 860, desgleichen Vincent Sieg, Maschinenschlosser, Buch Nr. 90 626, beide eingetretten in Gelsenkirchen, zurzeit der Ortsgruppe Mühlheim (Rh.) angehörig, sind aus dem Verband ausgeschlossen.

Sulzbach (Bayern). Das Mitgliedsbuch Nr. 96 913, auf den Namen Joh. Hg. Eisner lautend, ist verloren gegangen und wird für ungültig erklärt.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Mayhütte-Haidhof.** In der vorletzten Nummer unseres Organes wurde schon eingehend über Ursache und Ausgang des Landfriedensbruchprozesses berichtet. Nahezu 15 Jahr Gefängnis war der traurige Erfolg einer verkehrten Streiktaktik einer sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes.

In Nr. 50 der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung findet sich nun der gleiche Schwindelbericht, wie er in der roten Parteipresse schon kolportiert wurde. Um sich die Sache möglichst leicht zu machen, werden unsere Verbandskollegen mit den Indifferenten als „Christliche“ in einen Topf geworfen. Für die Unorganisierten wird kein vernünftiger Mensch unsern Verband verantwortlich machen wollen. Im übrigen ergeben sich die roten Anpöbelungen als dreifacher Schwindel und Verdrehungen. So schreibt die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung einleitend unter anderem:

„25 Christliche hatten sich anfänglich solidarisch erklärt und das Werk mit verlassen müssen, aber am 27. November fielen sie den Kämpfenden in den Rücken, nachdem noch am 24. in einer Versammlung drei christliche Redner gesagt hatten, die Lohnforderungen seien berechtigt.“

Was das Unternehmertum gewöhnlich tut, geschah auch hier. Was den Ausgeperrten verweigert worden war, wurde den Arbeitswilligen gerne gewährt.“

Hier sind die Tatsachen gefälscht und ein anderer Teil unterschlagen. Mit der Lohnforderung selbst hätten sich die christlichen Gewerkschaftler solidarisch erklärt. Nachdem sie aber von den Genossen vor und während des Kampfes ignoriert wurden, blieb nichts übrig als selbständig vorzugehen. Dieses erfolgte auch, und zwar im Schwesterverk Rosenbergs. Am 12. November wurden zu diesem Zwecke dort zwei stark besuchte Versammlungen abgehalten, und am 14. November erfolgte im Auftrage der Arbeiterschaft die Eingabe betreffs Lohnerhöhung an die Generaldirektion in Rosenbergs. Die hierauf gewährte Teuerungszulage war also keine Belohnung für Streikbruch, sondern ein gewerkschaftlicher Erfolg.

Dieser Erfolg ohne Kampf blieb den Genossen verjagt, daher der Groß. Schuld hieran war aber die sozialdemokratische Führung, welche die Arbeiter verheißt hatte, während der Verhandlung mit der Werkleitung die Brocken hinzuwerfen, was nachher passive Resistenz genannt wurde. Damit war plötzlich die Brücke zur Verständigung in Haidhof abgebrochen, an der beide Teile interessiert waren.

Also erst nachdem diese Teuerungszulage erfolgt war, nahmen unsere Verbandskollegen am 27. November die Arbeit im Werke Haidhof wieder auf, und zwar nach einstimmigem Versammlungsbeschluss. Es bestand sonach keine Ursache mehr, sich an einer verpfuschten, — aussichtslosen Bewegung weiter zu beteiligen. Ein frecher Schwindel ist die Behauptung, die streikenden Genossen seien von den Christlichen provoziert worden. Tatsächlich wußten sich die christlich organisierten Arbeiter kaum zu schützen vor dem sozialdemokratischen Terrorismus; an einem Tage sogar wagte sich insolge dessen niemand ins Werk.

Ursächlich sind die bedauerlichen Ausschreitungen auf die Enttäuschungen der Arbeiter zurückzuführen, da die gemachten Versprechungen nicht in Erfüllung gingen. Wurde doch schon monatelang vor der Bewegung von den Genossen gepöbelt — „es werden 20 % Lohn-erhöhung verlangt.“ Letzten Endes glaubten die so bitter Getäuschten, mit Gewalt noch einen Druck ausüben zu können. Die Verurteilung war also nur die reife Frucht sozialdemokratischer Aufklärung und Versprechungen. Die Bewegung selbst ging verloren.

Als nun der Prozeß wegen Landfriedensbruch anhängig gemacht wurde, war Holland in Nöten. Was den Christlichen nicht hinausgeschwindelt werden konnte, weil es die Gerichtsverhandlung nicht ergab, lag der sozialdemokratische Richterstatter dazu.

Die „Fränkische Tagespost“ (das sozialdemokratische Parteiorgan) berichtete am 24. November unter anderem:

„Das Gericht zieht sich hierauf (nach dem Zeugenerhör) zur Beratung zurück. Bei seinem Wiederscheinen bittet der Verteidiger noch um eine weitere Pause, denn ein Angeklagter sei — vor Hunger umgefallen — und er, — der Verteidiger, habe für den Kranken rasch etwas zu essen horten lassen.“

Die „Fränkische Tagespost“ berichtet am 26. November:

(Nachdem sich die Verteidiger durch eine Erklärung über die Richterstattung der bürgerlichen Presse beschwerten)

„Darauf meinte der Vorsitzende, — weil man gerade bei — Zeitungsbermerkungen sei, — möchte er feststellen, daß der am ersten Verhandlungstag („vor Hunger“) unwohl geworden Angeklagte — nicht umgefallen sei!“

So mußten sich die Herren Genossen vor Gericht ihre schwindelhafte Richterstattung vorhalten lassen.

Genau so wahrheitsliebend“ ist der sozialdemokratische Richterstattung, bezüglich der Zeugenaussage des Direktors Göttenbauer. Bierzig Christlichen sei es erlaubt worden, bis auf Widerruf die Arbeit niederzulegen; so der Lügenbericht.

Zum Ersten kamen unsererseits nur 17 am Ausstand beteiligte Kollegen in Haidhof in Frage und nicht 40. (In einer Abteilung wurde gearbeitet, auch von „Genossen.“) Was den Indifferenten erlaubt wurde, wird einfach den Christlichen an die Rockschöße gehängt. Die oben angeführte Tatsache des Vorgehens in Rosenbergs, welche durch die Zeitangabe bewiesen ist — widerlegt diese insame Verdächtigung.

An Streikunterstützung wurde unsern Kollegen laut Abrechnung in Haidhof damals 960,68 Mk. vom Verbandsausbezahlt. Damit ja! den diesbezügliche Verdächtigungen in sich zusammen.

Aus dem oben dargelegten ergibt sich folgendes Resümee:

1. Die an und für sich berechnigte Lohnforderung wurde durch die verkehrte sozialdemokratische Streiktaktik verpfuscht.
2. Die christlich organisierten Arbeiter suchte man zu ignorieren und als bedeutungslos an die Wand zu drücken.
3. Bei dem ungünstigen Ausgange des Kampfes aber sollten diese bedeutungslosen Christlichen die sozialdemokratische Dämone verschuldet haben; folglich hätte man sich vor dem Kampfe die Waffenbrüderschaft derselben sichern müssen.
4. Die Wiederaufnahme der Arbeit konnte kein Streikbruch sein, weil derselben ein selbständiges Vorgehen mit gewerkschaftlichem Erfolge vorausging.
5. Ursache der Skandale waren nicht die Christlichen, sondern die in Aussicht stehende Niederlage, gepaart mit sozialdemokratischer Hege und unerfüllbaren Versprechungen.
6. Die Zeugenaussagen und Gerichtsverhandlungen wurden in der sozialdemokratischen Presse in schwindelhafte Weise verdreht und ergänzt.

Somit bleibt die ganze Schwere der Verantwortung an der sozialdemokratischen Führung hängen. Jeder denkende Arbeiter wird mit Ekel einer solchen Bewegung den Rücken kehren. Die so einmal Freggeführten sind die ersten bedauerlichen Opfer sozialdemokratischer Verheerung in der Oberpfalz. Der denkenden Arbeiterschaft wird es nicht schwer, die Schuldigen an diesem Verbrechen zu finden, die der Urteilsbruch der Justitia nicht errei-

chen konnte. Solche Kämpfe werden auch dem letzten vernünftigen Arbeiter den richtigen Weg zeigen für seine Interessensvertretung. Weg vom sozialistischen Geiste, dem Schöding der Arbeiterbewegung, und voll Vertrauen hinein in die christliche Gewerkschaftsbewegung! Das kann einzig und allein die Schlussfolgerung aus dem Trauerspiel dieser Bewegung auf der Mayhütte sein.

**Essen.** (Sektion der Elektro-Monteur). Unsere seit einem halben Jahre bestehende Sektion muß auch einmal das Verbandsorgan für sich in Anspruch nehmen. Wenn dieses nicht schon früher gesehen, so lag die Ursache darin, daß das Verhalten unserer Kollegen bis jetzt zu berechtigten Klagen keine Veranlassung gegeben. Der Versammlungsbesuch wie auch die gesamte Verbandstätigkeit der einzelnen Kollegen konnte mit dem Präbital gut bezeichnet werden. In letzter Zeit scheint jedoch der gute Geist, der in unserer Sektion geherrscht, erlahmen zu wollen. Dieses zeigte sich auch deutlich in unserer am Sonntag, den 6. Dezember, stattgefundenen öffentlichen Versammlung. Während sonst die Kollegen fast vollzählig in jeder Versammlung anwesend waren, glänzte diesmal ein großer Teil ohne berechtigten Grund durch Abwesenheit.

Kollegen! Dieses Uebel, das leider auch in unserer heutigen Zeit, wo sich doch die Arbeiterschaft ihrer traurigen Lage bewußt sein sollte, noch allzu oft zu finden ist, es muß für immer aus unserer Sektion verbannt sein. Gerade in der Zeit der heutigen wirtschaftlichen Krisis haben wir es doppelt nötig, an dem Verbandsleben regen Anteil zu nehmen. Wenn in irgend einem Berufe sich die Folgen der Krisis für die Arbeiterschaft in unlichbarer Weise bemerkbar machen, dann ist es sicher in dem unstrigen. Haben wir nicht Gelegenheiten, es täglich am eigenen Leibe zu spüren, wie ungenügend tüchtig gerade unsere Elektro-Monteur gehandelt haben? In den Zeiten der Hochkonjunktur glaubten sie, durch ihren fast sträflichen Standesbündel verblendet, es nicht nötig zu haben, Sorge zu tragen, daß auch in den Zeiten wirtschaftlichen Niederganges ihre Existenz gesichert sei. Organisation, Schulung, Einführung von Tarifverträgen, dieses alles wären überflüssige Dinge. Dafür schuf man sich Kränzenvereine. Beim Wirt-Glück-Gloria und Festfeiern suchte man das Glend der Lage zu vergessen.

Wohin sind sie gekommen, wo sind sie geblieben? Sind sie jetzt imstande, den von den Folgen der Arbeitslosigkeit betroffenen Berufskollegen einen Rückhalt zu bieten? Kollegen, wie ganz anders könnte es in unserem Berufe augenblicklich stehen, wenn nicht der größte Teil der Kollegen noch arbeitslos der Organisation stände. Bringen uns nicht diejenigen handwerksmäßigen Berufe, die Tarifverträge abgeschlossen, den klarsten Beweis hierfür? Kollegen, Ihr habt durch Euren Eintritt in die Gewerkschaft gezeigt, daß Ihr die Zeichen der Zeit erkannt habt. Ein großes Stück Aufklärungsarbeit ist bis jetzt geleistet. Wenn jeder Kollege auch in Zukunft voll und ganz seine Kraft in den Dienst der Gewerkschaft stellt, dann wird es uns gelingen, Breche zu schlagen in die Gleichgültigkeit so mancher unserer Berufskollegen, wenn auch so mancher kurzfristige Chef glaubt, uns jetzt durch Anwendung allerlei Schlitane seine Macht fühlen zu lassen. Auch diese Herren werden dem gewaltigen Vorwärtsdrängen der Gewerkschaftsidee keinen dauernden Widerstand entgegensetzen können. So mancher fühlte in sich die Kraft, das Rad der Zeit aufzuhalten, und ist dabei elendig zu Grunde gegangen. Und wenn von gewisser Seite der Auspruch getan wurde: Niemals lasse ich mich auf Tarifverträge ein, Kollegen, so liegt es auf die Dauer nur an uns, dem Herrn eine andere Meinung beizubringen.

Kollegen! Wollen wir uns geordnete Zustände schaffen, dann vor allen Dingen ganze Gewerkschaftler sein. Lassen wir es an eifriger Kleinarbeit nicht fehlen, besuchen wir fleißig die Versammlungen wie auch den eingerichteten Fachunterricht. Rufen wir nicht eher, bis auch der letzte Elektro-Monteur eingetreten ist in die Reihen unserer Kämpfer. Dann gehört uns der Sieg, uns die Zukunft.

W. N.

**Selbe. i. W.** Die hiesige Ortsverwaltung hatte am Dienstag, den 8. Dezember, eine öffentliche Versammlung im Lokale des Herrn Mühlentkamp anberaumt. Dank dem fleißigen Agitieren der Kollegen und an Hand eines Flugblattes, das in 500 Exemplaren unter den Arbeitern verbreitet war, war eine ansehnliche Versammlung zustande gekommen. Der große Saal war bis auf den letzten Platz besetzt; an die 500 Teilnehmer lautete die mühsamerweise Ruhe der Ausführungen der beiden Referenten. Auch die Arbeitgeber waren eingeladen, und wir konnten mit Genugung konstatieren, daß sie zahlreich erschienen waren; beglückten auch die beiden Präsidien vom Arbeiter- und Gewerkschaftsverein, sowie auch einige Herren aus dem Bürger- und Handwerkerstand, die der christlich-nationalen Arbeiterbewegung sympathisch gegenüberstehen. Die Tagesordnung war eine, den Verhältnissen der Zeit sehr angemessene. Ueber den ersten Punkt derselben, die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in der Metallindustrie, referierte unser Zentralvorsitzender Kollege Wieber, der es wie immer so auch heute verstand, die Aufmerksamkeit der Anwesenden zu fesseln, dann seiner in sojähriger Praxis und gewerkschaftlicher Tätigkeit gesammelten großen Erfahrungen. In einem zweistündigen Referat behandelte er die Ursachen und Art der volkswirtschaftlichen Entwicklung und Erlernen nationalen und internationalen Güterauswachs, die Stellung Deutschlands im Weltverkehr, im Weltmarkt und



in der Weltproduktion. Bei Besprechung der dieser ungeheuren Entwicklung gefolgt Organisation von Kapital und Arbeit betonte er die Notwendigkeit des friedlichen Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit, denn von einem gewissen Grade an seien beider Interessen identisch. Auch in der Metallindustrie müßten die Organisationen so ausgebaut werden, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels Abschluß von Tarifverträgen, wie sie im Buchdruck- und Baugewerbe zum Segen des Gewerbes bestehen, geregelt würden.

Zum Schluß mahnte Kollege Wieber die Kollegen, treu zur Fahne des christlichen Metallarbeiterverbandes zu stehen, um nicht in der niedergehenden Konjunktur der paar Groschen Beitrag weghauen zu lassen zu werden. Die Indifferenten aber forderte er auf, einzutreten in den christl. Metallarbeiterverband, damit auch sie Anteil nehmen könnten an dem gesteigerten Nationalvermögen, das sich Deutschland in den letzten 30 Jahren dank der modernen Technik und dank dem geschickten und fleißigen Arbeiterstande, der auch seine Arbeitskraft mit einsetzt, angeeignet hat. Mit Recht könnten die Arbeiter einen Teil davon beanspruchen. Der reiche Beifall der ganzen Versammlung bewies, wie gehalten die Ausführungen unseres Zentralvorsitzenden waren.

Den 2. Punkt der Tagesordnung, die Reformbedürftigkeit des Arbeiterschutzes, behandelte Bezirksleiter Kollege Weinbrenner-Hamm. Nebenher sagte er an Hand eines umfangreichen statistischen Materials klar, daß in der Metallindustrie und besonders in der schweren Industrie mehr Unfälle vorkommen wie im Bergbau. In der Metallindustrie sind zwar nicht Massenunfälle zu verzeichnen wie im Bergbau, die geeignet sind, die ganze öffentliche Meinung anzuzetteln. Erinnerung sei nur an das welterschütternde Grubenunglück auf Zeche Rabholz, das weit über die Grenzen Deutschlands große Beachtung gefunden habe. Trotzdem sei aber festgestellt, daß auf 1000 Arbeiter in der Metallindustrie 199, in der Sektion Oberhausen sogar 240 Unfälle vorkommen, also auf jeden vierten Mann ein Unfall, dagegen im Bergbau auf 1000 Arbeiter 126 Unfälle zu verzeichnen sind. Die Massenunfälle im Bergbau sind geeignet, die gesamte öffentliche Meinung in Wallung zu bringen und auf Parlament und Regierung einzuwirken. Die Unfälle in der Eisenindustrie, die täglich vorkommen, aber nur vereinzelt, erregen weniger Aufmerksamkeit.

Nebher geht näher auf den gesetzlichen Arbeiterschutz ein. Wir hätten zwar eine Reihe von gesetzlichen Schutzbestimmungen, wenn auch zum Teil noch unvollkommen, wenn dieselben aber nur durchgeführt würden, wäre schon viel erreicht. Es sei zwar nicht zu verkennen, daß mancher Unfall durch Gleichgültigkeit der Arbeiter oder auch durch Unachtsamkeit geschah, aber auch mancher sei durch das Nichtbeachten der gesetzlichen Vorschriften von Seiten der Betriebsbeamten oder Werkleitung entstanden. Der weitaus größte Teil der Unfälle sei auf das ungeheure Hasten und Treiben in den Betrieben und die unzulängliche Entlohnung zurückzuführen. Die beste Lösung des Arbeiterschutzes in der Metallindustrie sei eine starke gewerkschaftliche Organisation, dann wäre die Garantie gegeben, die Schutzvorschriften zur Durchführung zu bringen. Er forderte die Metallarbeiter von Delsbe auf, geschlossen dem christl. Metallarbeiterverband beizutreten. Der christliche Metallarbeiterverband sei schon von jeher für besseren Schutz der Metallarbeiter eingetreten. Reicher Beifall ward dem Redner zuteil.

Metallarbeiter von Delsbe! Aufgepaßt, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband. Laßt euch nicht beschämen von euren Arbeitgebern. Letztere sind vollzählig organisiert, somit ist auch auf ihrer Seite die Möglichkeit eines Tarifabschlusses gegeben. Solange aber die Arbeiter nicht vollzählig organisiert sind, ist nicht an den Abschluß von Tarifen zu denken. Also nicht gezögert; jeder, der sich jetzt nicht organisiert, ist schuld, wenn die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht tariflich geregelt werden können. Ihr Söhne der roten Erde, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Beurath. Nachdem in den letzten Jahren die Industrie auch am hiesigen Orte einen bedeutenden Aufschwung genommen hat, macht sich der wirtschaftliche Niedergang zum Schaden der Arbeiterschaft besonders fühlbar. Arbeiterentlassungen, Arbeitszeitverkürzungen, Einlegung von Feiertagen, Reduzierung der Akkordpreise und teilweise schlechte Behandlung seitens der Vorgesetzten und Meister sind an der Tagesordnung. Das gilt besonders von der Bentather Maschinenfabrik und. Bülke, Zellerling u. Co. (Möhrenwalzwerk). Demgegenüber ist zu verzeichnen, daß genannte Werke im letzten Geschäftsjahre ansehnliche Ueberschüsse gemacht und außer den üblichen hohen Abschreibungen, Lantienem usw., Dividenden von 6-9 Prozent verteilen konnten. Ebenso sollen für einige Millionen Mark Aufträge vorhanden sein, die aber aus gewissen Gründen bis jetzt noch nicht zur Ausführung gekommen sind. Angeblick um die Akkordpreise bei der jetzigen schlechten Geschäftslage auf das äußerste zu drücken, um dann unter den niedrigen Löhnen die Bestellungen recht vorteilhaft für die Fabrik herzustellen. Letzteres gilt von der Maschinenfabrik.

Anstatt daß nun die in Betracht kommende Arbeiterschaft aus diesen Vorgängen eine Lehre zieht und sich der Organisation anschließt, lebt die große Mehrzahl der Arbeiter interessenlos und stumpfsinnig in den Tag hinein, ohne zu bedenken, daß gerade jetzt in der Zeit der Arbeitslosigkeit, sowie bei sonstigen Anlässen sie in der Organisation den stärksten Rückhalt und Hilfe finden. Das haben auch eine Anzahl unserer Kollegen an sich selbst erfahren. Auch für Ausbildung und Bildung wird für unsere Kollegen gesorgt. In die Wintermonate ist ein Unterrichtsstudium eingerichtet, der alle 14 Tage stattfindet ohne Teilnahmezwang. Ebenso ist beschlossen, eine Hausagitation vorzunehmen. Das alles jetzt voranz, daß alle Kollegen ihre ganzen Kräfte und Fähigkeiten einsetzen, um sich und den Verband voranzubringen. Dieses ist umsomehr notwendig, da bei einer zu erwartenden besseren Konjunktur eine starke geschulte und disziplinierte Kollegenschaft vorhanden sein muß, um das zu erringen, was zurzeit nicht möglich ist. Stärkung des christl. Metallarbeiterverbandes nach innen und außen, zum Wohle der Gesamtheit, das sei unsere Parole. Darum auf jetzt zu fruchtbringender Arbeit!

Die wirtschaftliche Krise des letzten Jahres hat auch der hiesigen Metallindustrie ihre Spuren aufgeprägt. Arbeiterentlassungen, Lohnabzüge bis zu 50 Prozent, Einstellung weiblicher Arbeiter und herrisches System seitens der Werkmeister und Vorarbeiter, das sind die Symptome, die die Krise als Begleitererscheinung mit sich brachte.

Organisierte Kollegen wurden ohne Grund entlassen, eine hierauf bezügliche Anfrage seitens des Verbandes blieb unbeantwortet. — Arbeiter, welche jahrelang zur Zufriedenheit gearbeitet, werden entlassen, weil man ihnen keine Abzüge mehr machen kann. Sie werden ersetzt durch Frauen oder jugendliche Arbeiter, welche mit dem halben Lohne zu fricoen sein müssen. — Andere Arbeiter stellt man an andere Maschinen. Da verdienen sie weniger und gehen dann von selbst. — Sagt es ein Arbeiter, dagegen etwas zu sagen, so stellt man ihn vor die Türe. — Ein organisierter Arbeiter wurde entlassen, weil er sich angeblich in einer Wirtschaft absätzig über dieses System geäußert haben soll und er von einem Kollegen denunziert wurde. — Ein anderes Bild: Einem anderen Arbeiter wurde eine Lohnerhöhung in Aussicht gestellt, wenn er in Zukunft an den kath. Feiertagen arbeiten wird. Klingt das nicht wie Lohn? Und wenn sie nicht aufs Pfaster gejetzt werden wollen, müssen sich selbst gekerkerte Arbeiter von Vorarbeitern, die in geistiger Beziehung tiefer stehen als sie, eine solche schmachvolle Behandlung gefallen lassen. Durch Einführung weiblicher Arbeitskräfte mehrten sich die Unfälle: An einer schweren Stanze, an der bisher nur Männer verwendet wurden, verunglückten in kurzen Zwischenräumen vier Mädchen (zwei in einer Woche), wo ihnen jeweils einige Fingerringe abgeknickt wurden und sie nun zeitlebens verkrüppelt sind. Trotz Eingreifens des Fabrikinspektors ist bis jetzt noch keine Hilfe geschaffen. Die Ventilationen sind ungenügend und deshalb fordert die Berufskrankheit (Augenschwindel und Tuberkulose) ihre Opfer. Ein ausgebreitetes Spitzelsystem greift auch noch zu allem Ueberflus Platz. Und solche Linge kommen vor bei einer Weltfirma, wie die „Schweinfurter Präzisions-Fingerringwerke von Nischel und Sachs“ sind, die nahezu 2000 Arbeiter beschäftigt.

In stummer Resignation ergeben sich die aus der Umgegend herbeigezogenen Arbeiter in ihr Schicksal und lassen sogar noch die Hand, die sie schlägt, statt sich zu wehren und einer Organisation beizutreten, um ihre gesetzlich garantierten Rechte zu mahnen. Leider muß aber auch gesagt werden, daß diese Gedrücktheit allmählich auch bei den organisierten Arbeitern Platz greift, was sich ganz besonders beim Besuch der Versammlungen geltend macht.

So war auch die letzte Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes trotz zweimaliger Einladung nicht vollzählig besucht, obwohl über die Beitragserhöhung, wie sie durch Verbandsgeneralversammlungsbeschluß festgesetzt wurde, Beschluß gefaßt worden sollte und gerade an diesem Tage Sonntag gemeldet ist. In dieser Versammlung wurde nach den begründeten Worten des Herrn Arbeitersekretärs Hg. Schwarz einstimmig der Beschluß gefaßt, die Beitragserhöhung von 50 auf 60 Pfg. mit einem Lokalaufschlag von wöchentlich 10 Pfg. ab 1. Januar 1909 vorzunehmen.

Mögen nun sich jene Kollegen, die der Versammlung nicht anwohnten, dem Beschlusse fügen und zeigen, daß sie dem Verbande treu bleiben und bei der demnächstigen Versammlung erscheinen werden. Die Mitglieder müssen um so eifriger für den Verband wirken, denn nur durch eine festgesetzte Organisation, wie sie die christliche darstellt, kann da Abhilfe geschaffen werden. Man bemüht sich, die „Gelben“ Organisationen einzuführen und versucht vorläufig durch Verteilung des Arbeitervertragsverbandes („Die Wehr“) die Bahnen hiezu zu ebnet.

Kollegen! Noch manche schwere Stunde steht uns im kommenden Jahre bevor. Wir wissen noch nicht, was uns daselbst bringt. Jetzt endlich einmal die Schlafmütze herunter und dann nicht nur selbst dem Verbande treu geblieben, sondern auch alle, mit denen Ihr auf den Werkplätzen zusammenkommt, für unsere Sache interessieren; legt ihnen klar, daß nur eine geschlossene Masse derartige Zustände beseitigen kann. Besonders aber tretet heran an die Indifferenten, an die vom Lande Zugezogenen, welche immer noch von einer Organisation nichts wissen wollen. Steht treu zur christlichen Organisation. Also nochmals: agitiert und organisiert für den christlichen Metallarbeiterverband, daß uns die Zukunft wohlgerüstet auf dem Plan findet.

Neustadt. (Baden). Ueber die Aufgaben und Ziele unseres Verbandes referierte in der Versammlung vom 10. Dezember un' r Bezirksleiter Kollege Engel-Strasbourg. Dabei widerlegte Redner auch die hier von den Sozialdemokraten kolportierten Verleumdungen, als ob unsere christlichen Gewerkschaften nicht politisch neutral seien. Demgegenüber wurde die Anechtung der sogenannten freien Gewerkschaften unter der sozialdemokratischen Partei mit aller Deutlichkeit nachgewiesen.

In der Diskussion versuchten einige Genossen, die Ausführungen des Referenten zu entkräften und die abgedroschenen Vorwürfe gegen die christlichen Gewerkschaften neu aufzuwärmen, wurden aber im Schlußwort gründlich heimgeschickt. Mit der anfeuernden Aufforderung, dem christlichen Metallarbeiterverband beizutreten, fand die Versammlung ihr Ende. Kollegen von Neustadt! Jetzt heißt es, das Gehörte in die praktische Tat umzusetzen, alle heran zur eifrigen Arbeit im Dienste unserer guten und gerechten Sache.

Osnabrück. Der hannoversche „Volkswille“, Nr. 291, vom 12. Dezember, bringt einen Bericht über eine

öffentliche Gewerkschafterversammlung. Nach diesem Bericht konnte es der Geschäftsführer-Genosse Thielemann nicht unterlassen, den verhassten „Christen“ eins auszuweisen. Ich muß vorausschicken, daß von einer öffentlichen Versammlung der Gewerkschaftler keine Rede sein kann, denn uns ist von einer solchen nichts bewußt, und in den hiesigen Gewerkschaften sind mindestens die Hälfte christlich organisiert. Oder hat man sie absichtlich geheim gehalten, um so hinter dem Rücken der Christlichen besser über sie losziehen zu können. Genosse Thielemann, (so schreibt der „Volkswille“) sagte, die Firma Ortmann habe es verstanden, sich einige Former heranzubilden, die nach ihren eigenen Aussprüchen jederzeit gewillt wären, als Arbeitswillige ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. Die Arbeiter täten gut, sich diese Elemente näher anzusehen. Bedauerlich wäre es, daß der christlich-soziale, jetzt sich national nennende Metallarbeiterverband die Reihen dieser heute indirekt noch stärke. Da diese Organisation jede Zugkraft verloren habe und ihr die Mitglieder immer zahlreicher davonliefen, so versuchten sie sich schablos zu halten, indem sie sich an die Mitglieder unseres Verbandes heranbrängten, die vielleicht durch persönliche Streitigkeiten mißgestimmt seien; solche Genossen suche der nationale Verband durch allerlei Schmeicheleien an seine leeren Fleischtöpfe zu bringen.

Genosse Thielemann! Hier kann man mit gutem Gewissen sagen: so viele Worte, so viele Lügen.

- 1. Kennt unser Verband sich nicht national, sondern christlicher Metallarbeiterverband.
- 2. Stärken wir nicht indirekt die Reihen der Gelben, sondern das tun die Genossen.

Die übergetretenen Kollegen haben wir nicht umschmeichelt, sondern sie sind von den Genossen selbst herausgeekelt worden und zwar das unzulässige Benehmen der Genossen gegen Andersgestimmte.

Unklar ist, was das mit den leeren Fleischtöpfen bedeuten soll; wenn da aber unsere Gewerkschaftskasse mit gemeint ist, so muß doch Genosse Thielemann wissen, daß unsere Kasse sich doch bedeutend besser stellt, wie die rote Verbandskasse. Er muß auch wissen, daß der christliche Metallarbeiterverband von einer günstigen Sehnbedingung Abstand nehmen mußte, weil der rote Metallarbeiterverband kein Geld in der Kasse hatte. Die Mühsicht hat der rote Metallarbeiterverband uns gegenüber noch nicht zu betätigen brauchen. Also könnte man hier schon eher von leeren roten Fleischtöpfen reden.

Eine faulstidige Unwahrheit ist es auch, daß wir jede Zugkraft verloren hätten und unsere Mitglieder immer zahlreicher davonliefen. Das ist nur ein frommer Wunsch des Herrn Thielemann, dem gerade augenblicklich seine Mitglieder gestrichelt davonlaufen. Die christlich gesinnten Metallarbeiter von Osnabrück und Umgegend lassen sich von sozialdemokratischen Phrasenbrosen nicht irreführen, sie wissen ganz gut, daß ihre Interessen im christlichen Metallarbeiterverband besser gewahrt werden wie im sozialdemokratischen. In der Sorge um das wahre Wohl des Arbeiterstandes kann die christliche Richtung sicher mit der sozialistischen konkurrieren, wenn auch unsere Führer nicht so halb Willensbeißer oder gutbesoldete Partelpensionäre werden. Genosse Thielemann muß doch bereits wissen, daß er hier in Osnabrück ohne die verhassten Christlichen nichts erreichen kann. Wenn er es dann ehrlieh meint mit der Verbesserung der Lage der Arbeiter, dann sollte er diese Gewerkschaften besser unterlassen. Wir haben in letzter Zeit gute Erfolge zu verzeichnen, deshalb spricht aus jedem Wort der Haß und Neid des Herrn Thielemann. Das soll uns nicht abhalten, nach wie vor weiter zu arbeiten an dem Ausbau der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Dadurch allein kann den gehässigen Segnern ihr schmutziges Handwerk gelegt und den Arbeiterinteressen der beste Dienst geleistet werden.

### Briefkasten.

Wie diese, so muß auch die nächste Nummer der Feiertage wegen einen Tag früher gedruckt werden, so daß Montag mittag 12 Uhr Redaktionsschluß ist. — Wegen des dieser Nummer eingefügten Inhaltsverzeichnis mußten eine Anzahl von Artikeln und Berichten zurückgestellt werden. Die Einsender mögen sich bis zur nächsten Nummer gebulden.

### Versammlungs-Kalender.

- Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbewusster Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen.
- Bodenwöhr. Am 9. Januar abends General-Versammlung mit Neuwahl und Vortrag. Beteiligung Ehrenpflicht.
- Duisburg 1. Sonntag d. 27. Dez. am 3. Weihnachtstag nachm. 5 Uhr bei Küppers Wanheimerstr. 61. Versammlung.
- Duisburg-Großenbaum. Sonntag d. 27. Dez. nachm. 5 Uhr Versammlung bei Bräutigam.
- Duisburg-Rheinhausen. Sonntag 27. Dez. vorm. 11 Uhr Versammlung bei Gies Friemersheimerstr. Die neuen Mitglieder sind besonders eingeladen.
- Durlach. Am 3. Weihnachtstags, nachmittags 4 Uhr, Familienfest im Lokale Tannhäuser. Kollege Thelen-Wannheim hält die Festrede. Die Frauen und unorganisierte Kollegen und Kolleginnen mitbringen.
- Düren. Sonntag, den 3. Januar 1909, im Lokale Johr Holsdorf. Neuwahl des Vorstandes.
- Mühlhausen (Thüringen). Jeden ersten Sonnabend im Monat abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Kronprinzen.
- Odenburg i. Sm. Nächste Versammlung Freitag 8. Januar abds. 8 Uhr bei Gramberg am Markt. Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt: Karl Sauer, Mühlstr. 54. Unterführungszu- auszahlung von 7-9 Uhr abends.
- Württemberg. Zur Beachtung: Für die Kollegen des Bezirks Württemberg hinsichtlich Forstheim: Sämtliche Zuschriften sind fortan an das Sekretariat: Köhnbisch Gmünd, Sebaldstraße 14. zu richten.
- Weißerhammer. Am 10. Januar nachm. 1/3 Uhr Generalversammlung mit Neuwahl und Vortrag. Beteiligung Ehrenpflicht.